



Ein liberales Europa zum Nutzen der Menschen

Die FDP Bremen und Bremerhaven stehen für die europäische Idee, die EU und den Euro als gemeinsame Währung. Hieraus dürfen indes keine Zwänge entstehen, die mit den Freiheitsrechten Einzelner und denen von Gemeinschaften unvereinbar sind.

Die FDP will so viel Europa wie nötig und so viel Entscheidungen vor Ort wie möglich. Dementsprechend hat sich die EU auf ihre Kernaufgaben im Bereich dessen, was alle in der EU zusammengefassten Staaten gemeinsam anbetrifft, zu konzentrieren. Im Übrigen ist die kulturelle Identität der einzelnen Mitgliedstaaten und ihrer Regionen unangetastet zu lassen. Soweit Aufgaben nicht eine europäische Lösung zwingend erfordern, steht die FDP für dezentrale Organisationsprinzipien.

1. Demokratische Strukturen für einen europäischen Bundesstaat

Soweit die EU im gemeinsamen Interesse ihrer Mitglieder europäische Aufgaben wahrnimmt, bedarf sie demokratischer Strukturen. Dem entspricht weder die vom EU-Parlament bestätigte Kommission noch die durch die 28 von den EU-Staaten gestellten Kommissare und Generaldirektoren.

Demokratische Legitimation kann nur dadurch erreicht werden, dass die europäische Bevölkerung ihre Repräsentanten selbst oder durch das europäische Parlament wählt, wobei jede Stimme eines wahlberechtigten europäischen Bürgers das gleiche Gewicht haben muss.

Auch für Europa muss nachvollziehbar gelten, was für Deutschland bereits der Artikel 20, Abs. 2, Satz 1 des Grundgesetzes bestimmt. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Die FDP fordert, die Zahl der Kommissare zu reduzieren und nicht auf Proporz zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten abzustellen.

2. Abbau überdimensionierter Bürokratie

Die Europäische Union muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Als Freiheitspartei lehnt die FDP den Aufbau und Erhalt kostenintensiver, demokratisch legitimierter europäischer Bürokratie ab. Das beeinträchtigt die Freiheit der Einzelstaaten und des Einzelbürgers und ist eine Gefahr für den Wohlstand und den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr. Die EU muss sich deshalb einer vorbehaltlosen Aufgabenkritik stellen. Effiziente und sparsame Verwaltungsstrukturen sind mit Nachdruck einzufordern. Doppelte Parlamentsstrukturen in Brüssel und Straßburg sind überflüssig. Der zweite Parlamentssitz verursacht Kosten von 170 – 200 Millionen Euro pro Jahr und durch die vielen Fahrten zwischen den beiden Standorten entstehen rund 19.000 Tonnen Kohlendioxid ausstoß. Die Liberalen fordern, dass allein das Parlament mit Zweidrittelmehrheit über den Parlamentssitz entscheidet und sprechen uns gleichzeitig für Brüssel als alleinigen Standort aus.

3. Der Euro

Die FDP steht zu dem Euro als gemeinsame Währung der ihm angeschlossenen EU-Mitgliedsstaaten. Die Verteidigung des Euro darf indes nicht zu einer vorgeblich alternativlosen, demokratisch nicht legitimierten Umverteilungspolitik zwischen Euro-

Mitgliedsstaaten führen. Deshalb spricht sich die FDP klar gegen Eurobonds aus. Es darf ebenfalls nicht zu einer ungerechtfertigten Stützung der Kapitalgeber notleidender Euro-Staaten in Gestalt von Hedge-Fonds und Banken kommen. Eine demokratisch nicht legitimierte Bevormundung notleidender Euro-Staaten mit langfristigen Nachteilen für das Zusammenwachsen muss unbedingt vermieden werden.

Dementsprechend steht die FDP für eine Politik, die in Krisenzeiten andere Lösungsmöglichkeiten nicht nur diskutiert, sondern tatsächlich zulässt. Alternativlose „Gewissheiten“ von CDU, SPD und Grünen, die andere Denkansätze nicht einmal zulassen wollen, sind Bevormundungspolitik und widersprechen liberalem Denken. Euro-Rettungspolitik in Krisenzeiten muss stets das Wohl der Menschen in den betroffenen Ländern und ihre Freiheitsrechte vor Augen haben. Dahinter haben Interessen von Banken und anderen Kapitalgebern zurückzustehen. Deren Probleme sind im Rahmen einer gesamteuropäischen Bankenpolitik zu lösen.

4. Erhaltung der Vielfalt in Europa

Die FDP steht zu einem Europa, das die europäischen Aufgaben gegenüber allen anderen Teilen der Welt wahrnimmt und gleichzeitig die Eigenart aller Mitgliedsstaaten und Regionen schätzt und erhält. Zwanghafte Angleichungen und Umverteilungen innerhalb dieses vielfältigen Gebildes haben zu unterbleiben. Vereinheitlichungen sind stets einer strengen Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen, und zwar einschließlich der damit verbundenen Verwaltungskosten. Umverteilungs- und Subventionspolitik in Europa, gerade im Agrar-Bereich, ist auf ihre mittel- und langfristigen

Auswirkungen zu untersuchen. Sie bedarf der Zustimmung gewählter Volksvertreter. Denn Europa hat nur dann eine Zukunft, wenn es tatsächlich demokratisch legitimiert ist und sich wirtschaftlich an Marktmechanismen ausrichtet. Demgegenüber ist der Euro, zu dem die FDP nach vorstehenden Maßgaben steht, ein wichtiger Baustein, nicht aber das Kernstück europäischen Zusammenwachsens und europäischer Einigung.

5. Konsolidierung vor Erweiterung

Die EU ist in der jüngeren Vergangenheit sehr schnell gewachsen. Innerhalb der EU ist das Gefälle vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht sehr stark. Die FDP steht deshalb für einen Strategiewechsel: Die Priorität muss in Zukunft die Konsolidierung vor weiterer Erweiterung haben.